

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 01 | 04.01.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:

Felten/Kofler/Mayrhofer/Perner/Tumpel (Hrsg)

Digitale Transformation im Wirtschafts- & Steuerrecht

Industrie 4.0, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz: Dieses Handbuch bietet Ihnen die erste umfassende Identifizierung und Aufarbeitung von Rechtsfragen, die sich durch die digitale Transformation in den verschiedenen wirtschaftsrelevanten Bereichen stellen. [436 Seiten, Linde Verlag, ISBN 9783707339956, 68 EUR]

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 106/2018

Bundesgesetz, mit dem das **Finanzausgleichsgesetz 2017** geändert wird (Schaffung der gesetzlichen Grundlage für Zweckzuschüsse an die Länder, welche in der Vereinbarung gem Art 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 vorgesehen sind; Aufhebung der Bestimmung in § 15 FinanzausgleichsG über eine aufgabenorientierte Verteilung von Ertragsanteilen für den Bereich Elementarpädagogik und Pflichtschule)

BGBI I 107/2018

Bundesgesetz, mit dem das **Zivildienstgesetz 1986** geändert wird (Verbesserung der Steuerungs- und Aufsichtsfunktion des Bundes; Effizienzsteigerung der Zivildienstverwaltung; Attraktivierung des Zivildiensts)

BGBI I 108/2018

Bundesgesetz, mit dem das **Wirtschaftskammergesetz 1998** geändert wird – WKG-Novelle 2018 (Klarstellung, dessen dass Organisationen der gewerblichen Wirtschaft einzelne ihrer im eigenen Wirkungsbereich zu besorgenden gesetzlichen und satzungsmäßigen öffentlichen Aufgaben unter Einschluss der spezifisch mit diesen verbundenen administrativen Tätigkeiten auch gemeinschaftlich wahrnehmen können; Anpassungen, um dem in Art 14 Abs 5 lit c DSGVO geforderten "Schutz der berechtigten Interessen der betroffenen Person" entsprechend Rechnung zu tragen; Aufhebung des § 87 Abs 4, welcher ordentliche Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Wahlkommission ausschließt; weitere Anpassungen bezüglich des Wahlverfahrens für Fachgruppen und -vertretungen)

BGBI I 109/2018

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984, die Zivilprozessordnung und das Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz geändert werden (**UWG-Novelle 2018**) (Umsetzung der RL (EU) 2016/943 über den Schutz vertraulichen Know-Hows und vertraulicher Geschäftsinformationen [Geschäftsgeheimnisse] vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung; Verhinderung von Verstößen iZm Geschäftsgeheimnissen, die schwerwiegende finanzielle Folgen für den rechtmäßigen Besitzer des Geschäftsgeheimnisses haben könnten; Verbesserung des verfahrensrechtlichen Schutzes iZm Geschäftsgeheimnissen; Anpassungen aufgrund der Geoblocking-VO (EU) 2018/302)

BGBI I 110/2018

Bundesgesetz über die Entwicklung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich (**Standort-Entwicklungsgesetz** – StEntG) (Regelung des Verfahrens zur Erlangung einer Bestätigung, dass standortrelevante Vorhaben im besonderen öffentlichen Interesse der Republik Österreich liegen; sowie daran anknüpfende verfahrensbeschleunigende Maßnahmen)

BGBI I 111/2018

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen (Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz – NISG) erlassen und das Telekommunikationsgesetz 2003 geändert wird (Weiterentwicklung und Koordination einer neuen Strategie für die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen; Einrichtung von nationalen Koordinierungsstrukturen zur Prävention sowie zur Bewältigung von Sicherheitsvorfällen; Einrichtung von Computer-Notfallteams zur Unterstützung der Betreiber wesentlicher Dienste, Anbieter digitaler Dienste und Einrichtungen des Bundes und der Länder bei der Bewältigung von Risiken, Vorfällen und Sicherheitsvorfällen; Ermittlung der Betreiber wesentlicher Dienste; Pflicht zur Setzung geeigneter Sicherheitsvorkehrungen, Informations- und Meldepflichten; Einrichtung und Betrieb einer Meldesammelstelle und einer zentralen Anlaufstelle; Betrieb und Nutzung von IKT-Lösungen)

BGBI I 112/2018

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Bankwesengesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Maklergesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden (Versicherungsvermittlungsnovelle 2018) (Verbesserung des Schutzes der Versicherungsnehmer; insbesondere durch laufende Fortbildungsverpflichtung und die dadurch bewirkte Qualitätsverbesserung der Beratungsleistung)

BGBI II 375/2018

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus über Sicherheiten, Lizenzen, Bescheinigungen und Überwachungsdokumente für Marktordnungswaren (Marktordnungs-Sicherheiten- und Lizenzenverordnung)

BGBI II 377/2018

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der für die A12 und A13 an bestimmten Samstagen im Winter 2019 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (**Winterfahrverbotskalender 2019**)

BGBI II 1/2019

Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über Maßnahmen zur Sicherstellung der Integrität von im notariellen Bereich verwendeten elektronisch unterstützten Identifikationsverfahren (**Notar-E-Identifikations-Verordnung** – NEIV)

BGBI II 2/2019

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz für die Zulassung von **Besonders Hochqualifizierten für das Jahr 2019**

BGBI II 3/2019

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der für das Jahr 2019 Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt werden (**Fachkräfteverordnung 2019**)

BGBI II 7/2018

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über Verfahren zur Identifikation von Teilnehmern (Identifikationsverordnung – IVO)

BGBI III 224/2018 (Anlage)

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik **Mazedonien** über den Austausch und gegenseitigen **Schutz klassifizierter Informationen**

BGBI III 226/2018

Erklärung über den Zeitpunkt der **Wirksamkeit für den Informationsaustausch** nach der Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über **Finanzkonten** gemäß Art 28 Abs 6 letzter Satz des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in der Fassung des am 1. Juni 2011 in Kraft getretenen Protokolls

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 331 v 28.12.2018, 224

Beschluss (GASP) 2018/2078 des Rates vom 21. Dezember 2018 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über **restriktive Maßnahmen** angesichts der Handlungen **Russlands**, die die Lage in der **Ukraine** destabilisieren

ABI L 332 v 28.12.2018, 1

Durchführungsverordnung (EU) 2018/2032 der Kommission vom 20. November 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 416/2007 der Kommission über die technischen Spezifikationen für Nachrichten für die **Binnenschifffahrt**

ABI L 333 v 28.12.2018, 1

Beschluss (EU) 2018/1908 des Rates vom 6. Dezember 2018 über den Beitritt **Samoas** zum **Interims- Partnerschaftsabkommen** zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den Pazifik-Staaten andererseits

ABI L 334 v 31.12.2018, 1

Durchführungsverordnung (EU) 2018/2066 der Kommission vom 19. Dezember 2018 über die **Überwachung** von und die **Berichterstattung** über **Treibhausgasemissionen** gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 601/2012 der Kommission

ABI L 1 v 03.01.2019, 1

Beschluss (EU) 2019/3 des Rates vom 19. Dezember 2018 über den im Namen der Europäischen Union im regionalen Lenkungsausschuss der Verkehrsgemeinschaft zu vertretenden Standpunkt zu bestimmten Haushaltsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vertrags zur Gründung der **Verkehrsgemeinschaft**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.09.2018, E 906/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer Rückkehrentscheidung betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; Beurteilung der Sicherheitslage in Heimatprovinz ohne Deckung in getroffenen Länderfeststellungen; keine Ermittlungs-

tätigkeit zu Gefährdungslage in Heimatprovinz und keine Prüfung einer innerstaatlichen Fluchtalternative trotz Parteivorbringens

29.11.2018, G 296/2017

UrheberrechtsG; Unsachlichkeit einer Wortfolge im UrheberrechtsG betreffend die Festlegung einer fixen **Obergrenze für dem Urheber zukommende Speichermedienvergütung**; 6%-Grenze zur Zielerreichung – gerechter Ausgleich iSd RL 2001/29/EG – ungeeignet; keine Unsachlichkeit und Verletzung im Recht auf Unversehrtheit des Eigentums durch eine weitere, einen Richtwert vorgebende, Regelung; Gespräche der Gesamtvertragsparteien über – künftige – neue Tarife bei Erreichung oder wesentlicher Unterschreitung des Richtwerts

11.12.2018, <u>E 4347/2017</u>

Kostenbeitrags-RL der Tir LReg; Anlassfall zu VfGH 28.11.2018, V 69/2018

11.12.2018, UA 4/2018

B-VG; **InformationsordnungsG**; Nichtgewährung einstweiligen Rechtsschutzes in einer Beschwerdesache betreffend behauptete **Verletzung in Persönlichkeitsrechten** gem Art 138b Abs 1 Z 7 B-VG wegen **Unzulässigkeit der Beschwerde** des Betroffenen gegen die Klassifizierung bzw Behandlung von dem Nationalrat übermittelten Informationen durch den Präsidenten des Nationalrats sowie den BVT-Untersuchungsausschuss und dessen Funktionäre

12.12.2018, E 4342/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags eines afghanischen Staatsangehörigen auf subsidiären Schutz und Erlassung einer Rückkehrentscheidung mangels Auseinandersetzung mit der – in den aktuellen UNHCR-RL dargestellten – Sicherheitslage; keine Auseinandersetzung mit UNHCR-RL, wonach Kabul keine interne Schutzalternative ist; keine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit sicherer Erreichbarkeit der Städte Herat und Mazar-e Sharif

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

10.12.2018, Ro 2018/12/0017

Bundes-GleichbehandlungsG; keine Zuständigkeit der Präsidentin des Bundesfinanzgerichts zur Entscheidung über einen auf § 18a Bundes-GleichbehandlungsG gestützten Entschädigungsanspruch eines Beamten, der sich um eine Stelle als Richter beim Bundesfinanzgericht beworben hat; mangels sachlicher Zuständigkeit zur Entscheidung über den Antrag, war diese lediglich zur Weiterleitung – und nicht auch zum bescheidmäßigen Abspruch – verpflichtet; daher schon mangels Säumnis der belangten Behörde kein Übergang der Zuständigkeit auf das VwG zur Entscheidung über den Antrag möglich; keine Rechtsgrundlage für eine Zurückweisung des Antrags durch das VwG; mangels Säumnis der Präsidentin des Bundesfinanzgerichts wäre die Säumnisbeschwerde durch das Bundesverwaltungsgericht zurückzuweisen gewesen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren
Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung). Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.